

Medienmitteilung von Alliance Sud vom 26. Februar 2024

Das Gesetz zur Reduktion der CO₂-Emissionen... im Ausland

Die Schweiz will ihre Klimaziele zu einem grossen Teil nicht im Inland erreichen, sondern im Ausland – eine klima- und entwicklungspolitische Katastrophe. Alliance Sud appelliert an den Ständerat, bei der CO₂-Gesetzesrevision wie bisher festzuschreiben, dass die Emissionsreduktionen mindestens zu 75% im Inland erfolgen müssen.

Am 29. Februar geht die Revision des CO₂-Gesetzes im Ständerat in die Differenzbereinigung. Bundesrat und Parlament haben es verpasst, endlich griffige Massnahmen zur Reduktion der Emissionen im Inland in den Gesetzesentwurf einzufügen. Stattdessen wird die Schweiz jedes Jahr mehr CO₂-Zertifikate aus dem Ausland zukaufen müssen, um mit den Klimazielen auf dem Papier mithalten zu können. Dies muss der Ständerat durch einen Inland-Anteil von 75% am Klimaziel einschränken.

Aus verschiedenen Gründen ist die Auslandkompensation kurzsichtig und ungerecht:

Ein grosser Widerspruch zu Netto-Null bis 2050

Die Schweiz hat gesetzlich festgelegt, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Und sie erwartet dasselbe von der Weltgemeinschaft, wie sie jährlich an der internationalen Klimakonferenz (COP) bekräftigt. Das impliziert, dass es bis 2050 keinen internationalen Handel mit CO₂-Zertifikaten aus Emissionsreduktionen mehr gibt, weil alle Länder diese selber anrechnen müssen, um Netto-Null zu erreichen. Je mehr heute im Ausland kompensiert wird, desto schneller müssen später die Emissionen in der Schweiz reduziert werden – eine verheerende Verdrängungsstrategie von Bundesrat und Parlament.

CO₂-Zertifikate garantieren keinen gleichwertigen Klimanutzen

Wie verschiedene Recherchen von Alliance Sud, Fastenaktion, Caritas und von Medienschaffenden [zeigen](#), ist der Klimanutzen vieler Schweizer Kompensationsprojekte sehr unsicher und ihre Wirkung kann schlicht nicht garantiert werden. Zudem [zeigt sich](#), dass es bereits schwierig ist, im engen Zeitplan bis 2030 überhaupt genügend Projekte dafür zu entwickeln. Es ist daher höchst fahrlässig, CO₂-Zertifikate in noch grösseren Mengen als Ersatz für Inlandreduktionen einzuplanen.

Reiche Länder müssen ihre Emissionen rascher reduzieren

Die Schweiz hat die besten technischen und finanziellen Voraussetzungen, um die Emissionen im Inland schnellstmöglich zu reduzieren. Die politische Verweigerung, dies zu tun und stattdessen auf [Verhaltensänderungen in ärmeren Ländern zu setzen](#), ist der Schweiz nicht würdig und widerspricht vehement der Klimagerechtigkeit.

Schweizer Klimafinanzierung ungenügend

Die Schweiz sollte durchaus Klimaschutzprojekte im Ausland fördern. Aber nicht um die eigenen Emissionsreduktionen zu verzögern, sondern um ergänzend zur Reduktion im Inland einen echten Beitrag an den gerechten Wandel im Globalen Süden zu leisten. Der Schweizer Beitrag an die internationale Klimafinanzierung wird nach der nächsten Klimakonferenz [massiv ansteigen müssen](#). Dabei geht es nicht nur um die Reduktion von Emissionen, sondern ebenfalls um die Anpassung an die Klimaerwärmung in Regionen, deren Bevölkerung besonders stark betroffen ist.

Finanzierung von Millionen von CO₂-Zertifikaten ungeklärt

Die Sparwut im Bundesbudget tobt bereits jetzt, aber ein erheblicher Teil der geplanten Auslandskompensation muss noch vom Bund eingekauft werden. [Gemäss der Botschaft zum CO₂-Gesetz](#) wird dies den Bund je nach Preis und erforderlicher Menge zwischen 90 Millionen und 2,2 Milliarden Franken bis 2030 kosten – ein Budgetposten, der noch nirgends eingeplant ist.

Die Bilanz von Alliance Sud, dem Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, fällt eindeutig aus. Klimaexpertin Delia Berner: «Die Schweizer Klimapolitik hat sich in der Auslandkompensation verfahren. Sowohl im eigenen Interesse wie auch im Sinne der Klimagerechtigkeit darf die Schweiz die knappe verbleibende Zeit nicht versäumen: Sie muss die eigenen CO₂-Emissionen gemäss dem Klimaschutzgesetz reduzieren. Klimaprojekte im Ausland müssen unabhängig davon von der Schweiz mitfinanziert werden.»

Für weitere Informationen:

Alliance Sud, Delia Berner, Klimaexpertin, 077 432 57 46, delia.berner@alliancesud.ch

Recherche von Alliance Sud und Fastenaktion über E-Busse in Bangkok:

<https://www.alliancesud.ch/de/neue-e-busse-bangkok-kein-ersatz-fuer-klimaschutz-der-schweiz>

Studie im Auftrag von Caritas Schweiz über Kochofen-Projekt in Peru:

<https://www.caritas.ch/de/peruanische-baeuerinnen-muessen-fuer-die-schweiz-das-klima-retten/>